



Quo vadis, Aufbau Ost? – Empfehlungen für eine wachstumsorientierte Politik

Die Diskussion um wirksame Strategien für den Aufbau Ost hält unvermindert an. Vor dem Hintergrund der Wahlen in Brandenburg und Sachsen, der heftigen Proteste in Ostdeutschland gegen das sogenannte Hartz IV-Gesetz und der Diskussion über die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland sind die neuen Länder erneut in den Focus des öffentlichen Interesses geraten.

Es zeigt sich einmal mehr die Notwendigkeit, den Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Ländern jenseits von Polemik und Demagogie reale Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen. Dazu gehört auch die Vermittlung der Tatsache, dass der Aufbau Ost noch langfristig eine gesamtdeutsche Aufgabe bleiben wird. Gleichzeitig muss aber auch der Blick für die Realitäten in ganz Deutschland geschärft werden. Der Sozialstaat befindet sich im Umbruch, tiefgreifende Reformen sind zur Erhaltung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands notwendig. Daher muss nicht nur von lieb gewordenen sozialen Standards zugunsten von mehr Eigenverantwortung Abschied genommen werden, sondern auch vom unrealistischen Anspruch, dass überall in Deutschland die gleichen Lebensverhältnisse zu erreichen sind.

Im folgenden werden für fünf wesentliche Bereiche des Aufbaus Ost Empfehlungen für eine wachstumsorientierte Politik formuliert.

Inhalt

1. Förderpolitik	Seite 2
2. Fördermittel und Instrumente	Seite 2
3. Infrastrukturpolitik	Seite 3
4. Forschungspolitik	Seite 3
5. Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik	Seite 4
6. Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	Seite 4

1. Förderpolitik

Im Rahmen der Förderpolitik ist die Unternehmensförderung verstärkt auf potentielle Wachstumsregionen zu konzentrieren. Damit kann die in diesen Gebieten bereits nachweisbare wirtschaftliche Dynamik noch verstärkt werden, um sie in die Lage zu versetzen, positiv auf das Umland auszustrahlen. In strukturschwachen Regionen ist zudem verstärkt auf die Potentiale zu setzen, die sich aus der Landwirtschaft und dem Tourismus ergeben. Allerdings werden sich auch daraus nur für eine begrenzte Anzahl von Regionen Chancen erschließen. Letztlich muss daher die Einsicht vermittelt werden und sich durchsetzen, dass es auch langfristig Gebiete in den neuen Ländern geben wird, deren wirtschaftliche Zukunftschancen nur gering sind. Die neuen Länder stellen längst kein homogenes Ganzes mehr dar. Es ist für den Aufbau Ost nicht zielführend, allen Regionen in den neuen Ländern gleiche Entwicklungschancen zu unterstellen. Auch die Einrichtung von Sonderwirtschaftsregionen, sei es in den Grenzgebieten zu Polen und Tschechien oder für ganz Ostdeutschland, stellt keine Lösung dar. Dagegen sprechen nicht nur wettbewerbsrechtliche Bedenken. Es würde sich bei Gewährung von langfristigen Steuerbefreiungen oder -erleichterungen für Unternehmen auch die ohnehin schwierige öffentliche Haushaltslage in den neuen Ländern unnötig verschärfen. Sinnvoller ist der Ansatz, den neuen Ländern Möglichkeiten einzuräumen, von bestimmten bundeseinheitlichen Gesetzen und Regelungen abzuweichen. Dadurch würde der Tatsache Rechnung getragen, dass die neuen Länder sich immer stärker ausdifferenzieren und unterschiedliche Probleme auch unterschiedliche Lösungen erfordern. Diesen Ansatz dann auch in den alten Ländern umzusetzen, wäre nur konsequent, sollte aber nicht von deren Bereitschaft abhängig gemacht werden. In Verbindung mit einem bundesweiten Bürokratieabbau könnten damit wesentliche Investitionshemmnisse wegfallen.

2. Fördermittel und Instrumente

Eine erfolgreiche Förderpolitik setzt eine berechenbare finanzielle Basis und wirksame Instrumente voraus. Wichtigstes Instrument ist der Solidarpakt II, mit dessen Mitteln den neuen Ländern von 2005 bis 2019 insgesamt 156 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden. In diesem Bereich muss die Planungssicherheit gewährleistet sein. Allerdings müssen sich zugleich die neuen Länder stärker als bisher bemühen, die zugewiesenen Mittel sachgerecht zu verwenden. Handlungsbedarf ergibt sich hier nicht nur aus der Tatsache, dass eine Zweckentfremdung der Solidarpaktgelder unnötige Neiddebatten zwischen Ost und West schürt. Auch die degressive Ausgestaltung des Solidarpaktes II macht eine investive Verwendung der Gelder zwingend erforderlich. Zwei weitere zentrale Instrumente der Förderpolitik sind die Investitionszulage und die sogenannten GA-Mittel (Haushaltsmittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) zur regionalen Wirtschaftsförderung. Vor dem Hintergrund der Kritik vieler Wirtschaftswissenschaftler an der Wirksamkeit der Investitionszulage, auf die ein Rechtsanspruch besteht, sollte ihre Abschaffung zugunsten einer Erhöhung der GA-Mittel geprüft werden. Der nachweisbare Erfolg in der Wirtschaftsförderung durch GA-Mittel rechtfertigt entsprechende Überlegungen. Dass die Bundesregierung die Mittel jedoch gerade bei diesem erfolgreichen Instru-

ment kürzt, ist Ausdruck ihrer Konzeptionslosigkeit und bedarf dringend einer Korrektur.

3. Infrastrukturpolitik

Ein forcierter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Ländern ist auch weiterhin notwendig. Dabei geht es nicht in erster Linie um den Bau von einzelnen Ortsumfahrungen oder den Ausbau von Dorfstraßen, sondern um zentrale Verkehrsachsen. Handlungsbedarf besteht vor allem hinsichtlich der Anbindungen des Umlands an die Agglomerationszentren und die neuen EU-Nachbarn Polen und Tschechien. Das bisher eine Reihe von wichtigen Verkehrsprojekten – insbesondere bei den „Verkehrsprojekten Deutsche Einheit“ – in den neuen Ländern aufgrund verfehlter Haushaltspolitik der Bundesregierung nicht realisiert werden konnten, hat erhebliche Standortnachteile zur Folge. Entsprechend muss die Finanzierung zentraler Verkehrsprojekte sichergestellt werden, damit sich für die neuen Länder im Wettbewerb um Investoren die Chancen erhöhen. Gleichzeitig ist das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz über das Jahr 2004 hinaus zu verlängern.

4. Forschungspolitik

Eine zentrale Rolle zur Beschleunigung des Aufbau Ost nimmt der Bereich Forschung und Entwicklung ein. Die Förderung der Innovationstätigkeit und besonders die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind dabei als vorrangige Aufgaben anzusehen. Vor allzu großer Euphorie hinsichtlich der zu erwartenden Impulse ist allerdings zu warnen. Der dahinter stehende Ansatz, dass die Zusammenarbeit von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und anderen Akteuren entlang der Wertschöpfungskette unterstützt wird, um im internationalen Wettbewerb um innovative Produkte bestehen zu können, ist nicht neu. Neu ist aber, dass derartige Cluster durch die Politik selbst identifiziert werden sollen, um sie dann zu fördern. Ein sich daraus ergebendes Problem ist, wie eine Identifizierung und die spätere Förderung realisiert werden können. Seitens der Wirtschaftswissenschaft liegen dazu noch keine abschließenden Erkenntnisse vor. Zudem setzen sowohl Ansiedlungen von Forschungseinrichtungen als auch die Herausbildung von Clustern spezielle Bedingungen voraus. Dazu zählt unter anderem neben dem Vorhandensein einer leistungsfähigen Infrastruktur auch ein ausreichendes Potential an Fachkräften. Vor allem strukturschwache ländliche Regionen in den neuen Ländern können diese Voraussetzungen – besonders im Hinblick auf ihre demographische Entwicklung – in der Regel nicht erfüllen. Damit ist fraglich, ob diese Gebiete durch eine forcierte Förderung von Forschung und Entwicklung nachhaltige Impulse für ihre wirtschaftliche Entwicklung erhalten können. Für die Wachstumsregionen in den neuen Ländern stellt allerdings eine gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung ein erhebliches Potential dar.

5. Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik

Welche Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik für einen wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Ländern angemessen ist, ist eine Schlüsselfrage für die Politik. Durch mehr Flexibilität bei den Tarifverträgen sowie im Systemwechsel von Lohnersatzleistungen hin zur Lohnergänzung für arbeitsfähige Arbeitslose können wichtige Voraussetzungen zur Stimulierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern geschaffen werden. Die Möglichkeiten, die sich aus einer an der Produktivität orientierten stärkeren Lohndifferenzierung und flexibleren tariflichen Regelungen ergeben, stellen für die neuen Länder eine Chance dar, im Standortwettbewerb mithalten zu können. Dass damit ganz Ostdeutschland zum Niedriglohnggebiet wird, ist nicht zu befürchten. Denn es geht keinesfalls um Lohnsenkungen im Bereich hochqualifizierter und hochtechnisierter Arbeitsplätze. Vielmehr haben flexiblere Tarifregelungen und Lohnergänzungsleistungen für Langzeitarbeitslose das Ziel, legale Beschäftigungsmöglichkeiten für gering qualifizierte Arbeitskräfte zu schaffen bzw. zu sichern sowie Produktionsverlagerungen ins Ausland zu verhindern. Den Zusammenhang zwischen dem unzureichenden Angebot an Arbeitsplätzen in den neuen Ländern und bestehenden starren Regelungen im Arbeits- und Tarifrecht zu ignorieren, wie es besonders bei der PDS, aber auch in weiten Teilen der SPD der Fall ist, geht an den Realitäten unserer Wirtschaftsordnung vorbei. Und sie sind weder mit dem Argument, die neuen Länder seien bereits tarifpolitisch weitgehend dereguliert, noch durch den Verweis auf die im Grundgesetz verankerte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu entkräften. Denn zum einen werden von den Unternehmen die Risiken für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Ostdeutschland offensichtlich nach wie vor als zu hoch eingeschätzt. Zum anderen ist der Begriff der Gleichwertigkeit auf die Chancengleichheit in Deutschland bezogen. Eine Chancengleichheit im Wettbewerb um Investoren und Arbeitsplätze wird aber gerade den neuen Ländern durch das Festhalten an einem Arbeits- und Tarifrecht, das sich an den Verhältnissen der alten Bundesrepublik orientiert, genommen. Daher bedarf es dringend entsprechender Reformen in diesem Bereich.

Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung Hauptabteilung Politik und Beratung:

Ronny Heine
Koordinator Neue Länder
Arbeitsgruppe Innenpolitik
Wichmannstr. 6
10907 Berlin
ronny.heine@kas.de
0 30/2 69 96-371